

Antrag Nr.: A0407/22

Datum: 04.11.2022

A N T R A G

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gegenstand:

Entscheidung über die zukünftige Höhe der Nahverkehrstarife im Verkehrsverbund Oberelbe abgestimmt auf Beschluss zu Vorlage V1883/22

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat erteilt den Vertreter*innen der Landeshauptstadt Dresden in der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes Oberelbe die Weisung,
 - a. eine Verschiebung der Entscheidung über die zukünftige Höhe der Nahverkehrstarife im VVO (Verkehrsverbund Oberelbe) auf einen kurzfristigen Termin nach dem Beschluss der Vorlage V1883/22 Anpassungen des Parkraummanagements, der Tarife und der Organisation des ÖPNV als Beitrag zur Sicherung des ÖPNV in der Landeshauptstadt Dresden zu bewirken;
 - b. darauf hinzuwirken, dass die Auswirkungen des 49,-Eurotickets/ Deutschlandtickets bei der Tarifgestaltung berücksichtigt werden.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Mitgliedern der Verbandsversammlung VVO die Ergebnisse des Gutachtens zur Finanzierung des ÖPNV in Dresden zur Information zur Verfügung zu stellen.

Beratungsfolge

Plandatum

Begründung:

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden beauftragte die Erstellung eines Gutachtens zur zukünftigen Finanzierung des ÖPNV in Dresden. Dies wurde durch Probst und Consorten unter intensiver Beteiligung des Stadtrates erstellt.

Damit liegt dem Stadtrat jetzt ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs vor. Nur ein Beschluss des Gesamtpaketes erbringt die finanziellen Voraussetzungen für den vorliegenden Haushaltsplan 23/24 in Dresden.

In der Vorlage V1883/22 ist unter Punkt 3 ein Vorschlag zur Tarifierhöhung enthalten. In Abhängigkeit von der Beschlussfassung zur Vorlage V1883/22 wird das Abstimmungsverhalten des Oberbürgermeisters für die Landeshauptstadt Dresden damit festgelegt.

Aus diesem Grund ist für die Landeshauptstadt Dresden erst nach Beschluss der Vorlage V1883/22 eine Abstimmung über die zukünftige Höhe der Tarife im VVO möglich. Dieser Eilantrag hat die notwendig zeitliche Verknüpfung und die Vermeidung einer einseitigen, zusätzlichen Belastung der ÖPNV-Fahrgäste, zum Inhalt und berücksichtigt das neue „Deutschlandticket“.

Christiane Filius-Jehne
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Agnes Scharnetzky
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlagenverzeichnis: